



# HESSISCHER LANDTAG

08. 05. 2026

## Kleine Anfrage

**Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
und Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 04.03.2026**

### **Angriffe auf NS-Gedenkstätten – Erfassung, Schutz und Beurteilung der Landesregierung**

und

### **Antwort**

**Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz**

#### **Vorbemerkung Fragesteller:**

NS-Gedenkstätten sind Tatorte und zentrale Orte des Erinnerns, Gedenkens, Lernens und Forschens über die nationalsozialistischen Verbrechen. Sie stehen für die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, als demokratischer Rechtsstaat das Gedenken an die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus und ihre Opfer zu bewahren. NS-Gedenkstätten sind keine neutralen Kulissen, sondern Orte, an denen sich unsere Demokratie beweisen und wo Erinnerung gegen Vereinnahmung und Relativierung verteidigt werden muss.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei wie folgt:

Frage 1 Wie werden Angriffe auf NS-Gedenkstätten von den Sicherheitsbehörden derzeit erfasst und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) oder in anderen Statistiken (zum Beispiel KPMD-PMK) entsprechend dargestellt?

Politisch motivierte Straftaten werden bundeseinheitlich im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst. Der KPMD-PMK ordnet Straftaten Themenfeldern beziehungsweise Angriffszielen zu. Angriffe auf NS-Gedenkstätten werden dem Angriffsziel „Gedenkstätten“ zugeordnet.

Frage 2 Plant die Landesregierung, die Erfassung von Angriffen auf NS-Gedenkstätten zu verändern (zum Beispiel durch eigene Katalogwerte im KPMD-PMK oder Lageberichte ab 2025 und wenn nein: Warum nicht?)

Da es sich um einen bundesweiten „Themenfeldkatalog“ handelt, liegt die Änderung nicht in der alleinigen Hand Hessens.

Frage 3 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über in Hessen seit dem 1. Juli 2024 erfolgte Angriffe auf NS-Gedenkstätten (bitte nach Datum, Name der Gedenkstätte, Art des Angriffs beziehungsweise Straftatbestand, Anzahl und politische Orientierung beziehungsweise Phänomenbereich, in den die Tat eingeordnet wurde, sowie Altersgruppe (unter 14, 14 bis 17, 18 bis 25, 26 bis 39, über 40 von gegebenenfalls ermittelten Tatverdächtigen aufführen)?

Mangels statistischer Erfassung mussten diese Daten händisch erhoben werden. Die Daten ergeben sich aus Anlage 1.

Frage 4 Welche Unterstützung erhalten betroffene NS-Gedenkstätten nach Angriffen, Störungen und Bedrohungen durch Landesbehörden (zum Beispiel Soforthilfe, Beratung, Sicherheitsbewertung, finanzielle Unterstützung)?

Die Fachberaterinnen und -berater der Polizei Hessen bieten zum Schutz öffentlicher Gebäude individuelle, objektspezifische und kostenlose sicherungstechnische Beratungen an.

Darüber hinaus unterstützt der polizeiliche Opferschutz bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten. Die Unterstützung schließt sämtliche Gefahrenabwehrmaßnahmen – insbesondere die des Ersten Angriffs – zum Schutz der Zeugen, der Geschädigten und deren Angehörigen / Hinterbliebenen mit ein. Hierunter fällt zum Beispiel die Absicherung eines Schadens-/Tatortes, das Aussprechen von Platzverweisen sowie der Schutz der Privatsphäre von Opfern und Angehörigen.

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) fördert zwei der hessischen NS-Gedenkstätten (Gedenkstätte Hadamar und Gedenkstätte Breitenau) institutionell. Neben der finanziellen Unterstützung stehen sowohl die Landesregierung als auch die HLZ für die Gedenkstätten immer als Ansprechpartner zur Verfügung.

Frage 5 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Beteiligung rechtsextremistischer Gruppen, Parteien oder Onlinenetzwerke an Straftaten und Störungen gegen NS-Gedenkstätten seit dem 1. Januar 2020 (bitte nach Jahr, Gruppenzugehörigkeit, Orten, Delikt sowie Altersgruppe (unter 14, 14 bis 17, 18 bis 25, 26 bis 39, über 40 von gegebenenfalls ermittelten Tatverdächtigen aufschlüsseln)?

Gruppenbezogene Beteiligungen werden nur bei entsprechender Tatrelevanz und freitextlich durch den KPMD-PMK erfasst. Eine händische Auswertung der Fälle hat keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung erbracht.

Frage 6 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Entwicklungen und Veränderungen in Bezug auf Angriffe auf NS-Gedenkstätten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit dem 7. Oktober 2023?

Im Zeitraum 7. Oktober 2023 bis 2025 wurden ausweislich einer händischen Erhebung dem HLKA im Rahmen des KPMD-PMK insgesamt 28 Fälle zu NS-Gedenkstätten gemeldet. In drei Fällen konnten Tatverdächtige ermittelt werden (ein Fall aus 2023: 14 bis 17 Jahre, zwei Fälle aus 2025: ab 30 Jahre). Auf dieser Datengrundlage ist eine Aussage zu Entwicklungen nicht möglich.

Frage 7 Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Bedrohungslage an zentralen NS-Gedenkstätten in Hessen (um eine Angabe, inwieweit dabei neben sicherheitsbehördlichen Statistiken auch die Monitoringberichte des Hessischen Demokratiezentrum berücksichtigt und welche Maßnahmen sie aus der Bewertung abgeleitet werden, wird gebeten)?

Rechtsextremistische Gruppierungen und Akteure versuchen mitunter, die Verbrechen des historischen Nationalsozialismus zu relativieren, zu leugnen oder die Bedeutung der Gedenkstätten infrage zu stellen. NS-Gedenkstätten können somit immer wieder im Fokus rechtsextremistischer Agitationen stehen.

Nach einem mutmaßlich islamistisch motivierten Angriff auf einen spanischen Touristen am Holocaust-Mahnmal in Berlin am 21. Februar 2025 erscheint es zudem grundsätzlich möglich, dass NS-Gedenkstätten in Hessen auch als Tatort für islamistisch motivierte Taten in Betracht kommen können.

Zur Bewertung aktueller Bedrohungslagen berücksichtigt die Polizei die Monitoringberichte, Erkenntnisse aus dem Sicherheitsverbund von Bund und Ländern sowie alle anderen Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Frage 8 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Störungen, Provokationen und andere Vorfälle an NS-Gedenkstätten unterhalb der Strafbarkeitsgrenze seit dem 1. Januar 2020, wie Störungen von Veranstaltungen, Einschüchterungsversuche, digitale Hetze oder Bedrohungslagen? Bitte nach Datum, Ort, Art des Vorfalls und Phänomenbereich, in den der Vorfall eingeordnet wurde, aufzuführen und angeben, in welcher Form solche Vorfälle bislang erfasst oder ausgewertet werden.

Zu der Fragestellung liegt keine statistische Erfassung vor.

Frage 9 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Schändungen jüdischer Friedhöfe seit dem 1. Januar 2020 (bitte nach Datum, Ort, Art des Angriffs beziehungsweise Straftatbestand, und politische Orientierung beziehungsweise Phänomenbereich, in den die Tat eingeordnet wurde, sowie Altersgruppe (unter 14, 14 bis 17, 18 bis 25, 26 bis 39, über 40) von gegebenenfalls ermittelten Tatverdächtigen aufzuführen)?

Im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2025 wurden dem HLKA im Rahmen des KPMD-PMK mit dem Angriffsziel „Friedhof“ (mit jüdischer Glaubensrichtung) 21 Fälle gemeldet.

Für die nähere Aufschlüsselung wird auf Anlage 2 verwiesen.

Frage 10 Wie beurteilt die Landesregierung die Rolle von Gedenkstätten in der Prävention von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Rechtsextremismus?

Die Landesregierung beurteilt die Rolle von Gedenkstätten in der Prävention von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Rechtsextremismus als unverzichtbar und von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung. Gedenkstätten erfüllen dabei eine mehrfache Funktion, die weit über das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hinausreicht. Sie haben einen großen Einfluss darauf, wie sich die Erinnerungskultur eines Landes entwickelt und was die heutigen und zukünftigen Generationen erfahren und verstehen werden.

Als Orte historisch-politischer Bildung leisten sie einen zentralen Beitrag zur Prävention, indem sie historische Zusammenhänge aufarbeiten und die Ursachen sowie Folgen von Ausgrenzung und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart darlegen, kritisch vermitteln und die Auseinandersetzung fördern. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, das in diesen Orten stattfindet, ist dabei mehr als nur eine Erinnerung, denn es ist eine bewusste Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Verfolgten. Die Gedenkstätten realisieren tagtäglich zielgruppenspezifische pädagogische Vermittlungsangebote und tragen somit auch der Präventionsarbeit in vielfältiger Art und Weise Rechnung. Sie wirken präventiv, weil sie nicht nur Wissen vermitteln wollen, sondern auch Empathie und Verantwortungsbewusstsein fördern können.

Wiesbaden, 27. April 2026

**Prof. Dr. Roman Poseck**

**Anlagen**

Tatdatum	Tatort	Gedenkstätte	Zähldelikt	Phänomenbereich	geklärt	Altersstruktur der Tatverdächtigen in Jahren				
						bis 13	14 - 17	18 - 20	21 - 24	25 - 29
27.07.2024	Kassel	Jüdische Gedenktafel	304 StGB	PMK -ausländische Ideologie-	nein	-	-	-	-	-
07.10.2024	Wiesbaden	Deportationsmahnmal	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
19.10.2024	Darmstadt	Jüdisches Denkmal	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
02.12.2024	Wiesbaden	Deportationsmahnmal	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
05.12.2024	Wiesbaden	Deportationsmahnmal	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
27.02.2025	Witzenhausen	Jüdische Gedenktafel	130 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
10.03.2025	Frankfurt am Main	Erinnerungsstätte	130 StGB	PMK -ausländische Ideologie-	nein	-	-	-	-	-
01.06.2025	Frankfurt am Main	Jüdische Gedenktafel	130 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
16.06.2025	Wiesbaden	Gestapo-Gedenkstele	304 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
17.06.2025	Darmstadt	Gedenkmauer der liberalen Synagoge	304 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
20.06.2025	Darmstadt	Denkmal einer ehemaligen Synagoge der jüdisch-orthodoxen Gemeinde	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
23.06.2025	Bad Hersfeld	Jüdische Gedenktafel	304 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
02.07.2025	Hadamar	Gedenkstätte Hadamar	303 StGB	PMK -sonstige Zuordnung-	nein	-	-	-	-	-
14.07.2025	Wiesbaden	Deportationsmahnmal	303 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
20.07.2025	Wiesbaden	Denkmal für die deportierten und ermordeten Sinti und Roma	303 StGB	PMK -rechts-	ja	-	-	-	-	1
28.07.2025	Wiesbaden	Denkmal für die deportierten und ermordeten Sinti und Roma	303 StGB	PMK -rechts-	ja	-	-	-	-	1
08.08.2025	Wiesbaden	Deportationsmahnmal	303 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
20.09.2025	Fulda	Platz der Weißen Rose	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
26.09.2025	Darmstadt	Denkmal der ehemaligen jüdischen Synagoge	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
07.10.2025	Darmstadt	Denkmal der ehemaligen jüdischen Synagoge	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
31.10.2025	Bensheim	Synagogen-Denkmal	304 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
09.11.2025	Bad Hersfeld	Jüdische Gedenktafel	303 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-
15.12.2025	Marburg	Garten des Gedenkens	304 StGB	PMK -ausländische Ideologie-	nein	-	-	-	-	-

Tatdatum	Tatort	Zähdelikt	Phänomenbereich	geklärt	Altersstruktur der Tatverdächtigen in Jahren					
					bis 13	14 - 17	18 - 20	21 - 24	25 - 29	ab 30
27.03.2020	Solms	304 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
16.04.2020	Frankfurt am Main	303 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
25.06.2020	Gelnhausen	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
01.07.2020	Gießen	168 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
17.05.2021	Heusenstamm	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
07.06.2021	Frankfurt am Main	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
20.06.2021	Frankfurt am Main	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
28.06.2021	Frankfurt am Main	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
08.11.2021	Heusenstamm	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
29.07.2022	Witzenhausen	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
25.05.2023	Frankfurt am Main	303 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
25.05.2023	Heusenstamm	130 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
25.08.2023	Offenbach	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
25.09.2023	Sinnatal	168 StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
22.04.2024	Korbach	86a StGB	PMK -rechts-	nein	-	-	-	-	-	-
09.02.2025	Babenhausen	304 StGB	PMK -rechts-	Nein	-	-	-	-	-	-
02.03.2025	Langenselbold	130 StGB	PMK -ausländische Ideologie-	Nein	-	-	-	-	-	-
07.09.2025	Heusenstamm	86a StGB	PMK -rechts-	Nein	-	-	-	-	-	-
08.10.2025	Offenbach am Main	168 StGB	PMK -rechts-	Ja	-	-	-	-	-	1
14.10.2025	Offenbach am Main	168 StGB	PMK -rechts-	Ja	-	-	-	-	-	1
16.10.2025	Frankfurt am Main	86a StGB	PMK -rechts-	Nein	-	-	-	-	-	-